

Medienmitteilung 15/2014

Thema	Parolenfassung für den 28.09.2014
Rückfragen	Andreas Mahler, Tel: 079 439 08 44, Mail: andreas.mahler@grunliberale.ch
Absender	Grünliberale Partei Aargau, Postfach 2855, 5001 Aarau E-Mail: ag@grunliberale.ch www.ag.grunliberale.ch
Datum	25.08.2014

Die Grünliberalen Kt. Aargau fassen die Nein-Parole für alle 3 Volksinitiativen. Die Initiativen "Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!" und „Für die Offenlegung der Politikfinanzierung“ wurden anlässlich der Mitgliederversammlung einstimmig abgelehnt.

Sowohl der Vorstand als auch die Mitgliederversammlung der Grünliberalen Aargau haben sich kritisch mit den drei Abstimmungsvorlagen auseinandergesetzt:

- Die Grünliberalen lehnen Volksinitiative "Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!" und damit eine weitere Verkomplizierung des Mehrwertsteuersystems ab. Die Grünliberalen sprechen sich weiterhin für eine Abschaffung der Mehrwertsteuer zugunsten einer Energiesteuer aus. Weiter würde mit Annahme der Initiative ein Loch in der Steuerkasse von 750 Millionen Franken entstehen. Das damit einhergehende Risiko einer allgemeinen Erhöhung des Steuersatzes auf Lebensmitteln wird als zu gross erachtet.
- Die Finanzierung des Gesundheitswesens muss nach Ansicht der GLP überdacht und vereinfacht werden. Eine deutliche Mehrheit der Grünliberalen vertritt jedoch die Meinung, dass die Volksinitiative "Für eine öffentliche Krankenkasse" wenig Aussicht auf Erfolg verspricht. Der Ausgabenteil für die Administration, welcher möglicherweise durch Einführung einer Einheitskasse reduziert werden könnte, macht lediglich 5% der Gesamtkosten des Gesundheitswesens aus. Es bleibt zudem offen, ob die möglichen Einsparungen letztlich wirklich den Versicherten zugute kämen oder in den Abgründen der öffentlichen Verwaltung und des dadurch nötigen immensen IT-Projekts verloren gingen. Unbestritten bleibt: auch mit Einführung einer öffentlichen Krankenkasse werden die Kosten weiter steigen. Die allenfalls geringen Einsparungen vermögen die Einbusse der freien Wahl der Krankenkasse und des Versicherungsmodells aus grünliberaler Sicht nicht aufwiegen. Die Ablehnung der Initiative erfolgte im Verhältnis 3:1 nach einführenden Referaten der Grossräte Jürg Knuchel (SP) und Adrian Meier (FDP) und intensiver, kontroverser Diskussion.
- Die aargauische Volksinitiative „Für die Offenlegung der Politikfinanzierung“ wird einstimmig abgelehnt. Auch wenn das Streben nach Transparenz grundsätzlich den grünliberalen Anliegen entspricht, geht die vorliegende Initiative für die GLP Kt. AG entschieden zu weit.